

AMNESTY
INTERNATIONAL



Mai 2016

ANLIEGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL AN DIE PRÄSIDENTEN UND STAATSCHEFS DER LÄNDER AMERIKAS

Es ist dringend, Maßnahmen zu ergreifen, um Praktiken zu beenden, die die Staaten zu Brutstätten der Gewalt gegen Frauen und Mädchen machen

Die grassierende Gewalt gegenüber Frauen in Mittel- und Südamerika ist ein Musterbeispiel für fehlende Bereitschaft und politischen Willen der Staaten, die Rechte von Frauen und Mädchen zu schützen. Wir schließen uns den Stimmen Hunderter von Organisationen in der ganzen Region an, die ein Ende der Gewalt gegenüber Frauen fordern.

Die Gewaltspirale wird niemals durchbrochen werden, wenn die Staaten ihre diskriminierende Gesetzgebung, ihre Politik und ihre Praktiken gegenüber der sexuellen und reproduktiven Gesundheit nicht reformieren. Diese Gesetze, die zudem zahlreiche Menschenrechte verletzen, produzieren institutionelle Gewalt, Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung. Indem ein Staat solche diskriminierenden Praktiken beibehält, die auf Geschlechterstereotypen basieren, wird er selbst zu einem „Brutkasten“ für weitere Gewalt gegen Frauen. Von Seiten des Staates wird so eine Situation der strukturellen Diskriminierung gefördert und legitimiert, was die Grundlage für all die geschlechtsspezifische Gewalt ist.

Um diesen Zyklus der Gewalt zu beenden, müssen sich die Staaten der Region ohne weitere Verzögerung einer historischen Schuld annehmen: Sie müssen Geschlechts-Stereotypen beseitigen, die auf kulturellen oder religiösen Normen aufbauen, die die Menschenrechte verletzen, indem sie staatliche Gesetze einführen, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit regeln. Die Haltung gegenüber der Sexualität und der Geburtenregelung verdeutlicht am klarsten die Stereotypen, die in Bezug auf die Rolle von Frauen in den Gesellschaften existieren, und den staatlichen Machtmissbrauch mit Hilfe von Gesetzen, politischen Entscheidungen und diskriminierenden Praktiken legitimieren.

Angesichts der besonderen Verletzlichkeit von Mädchen und jungen Frauen (weil ihre physischen und emotionalen Fähigkeiten noch in der Entwicklung sind), angesichts der ständig wachsenden Anzahl von Schwangerschaften von Minderjährigen in der Region und darüberhinaus des alarmierenden zunehmenden Ausmaßes an erzwungenen Schwangerschaften und Mutterschaften bei Mädchen ab 14 Jahren, fordern wir eine besondere Aufmerksamkeit für diese Bevölkerungsgruppe.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Die Rechtsprechung des interamerikanischen Systems zum Schutz der Menschenrechte (SIA) in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt ist unterschiedlich und progressiv. Dennoch haben die Staaten der Region auch 20 Jahre nach der Verkündung der **Konvention von Belém do Pará** (*Covención de Belém do Pará*) und beinahe 30 Jahre nach der **Interamerikanischen Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Folter** (*Convención Interamericana para Prevenir y Sancionar la Tortura*) keine klaren Richtlinien entwickelt, in denen festgehalten wäre, dass der fehlende Zugang zu Angeboten für sexuelle und reproduktive Gesundheit für Frauen und dass bestimmte Einschränkungen ihrer Rechte auf sexuelle und reproduktive Gesundheit Verletzungen des Rechtes auf ein Leben frei von Gewalt und Folter darstellen.

Für die 46. Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die im Juni 2016 in Santo Domingo (Dominikanische Republik) stattfinden wird, drängen wir die Regierungen zu folgenden Maßnahmen:

- Anerkennen Sie, dass bestimmte Verletzungen sexueller und reproduktiver Rechte eine Form von institutioneller Gewalt, Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung darstellen, und dass es notwendig ist, integrale Pläne zu erarbeiten, um sie zu beseitigen.
- Rufen Sie die Interamerikanische Menschenrechtskommission, den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und andere Sonderkommissionen der Organisation Amerikanischer Staaten dazu auf, für die Staaten klare Richtlinien zu formulieren, wie Gewalt und Folter gegenüber Frauen auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit vermieden und ausgeremert werden kann. Grundlage hierfür können die Verträge des **Abkommens von Montevideo über Bevölkerung und Entwicklung** (*Consenso de Montevideo sobre Población y Desarrollo*) darstellen.
- Rufen Sie die Interamerikanische Menschenrechtskommission, den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und andere Sonderkommissionen der Organisation Amerikanischer Staaten dazu auf, in Anbetracht des Ausmaßes des Phänomens in der Region, klare Richtlinien zur Beseitigung von erzwungenen Schwangerschaften und Mutterschaften bei Minderjährigen zu erarbeiten. Dabei müssen insbesondere die Auswirkungen von solchen Schwangerschaften auf die Mädchen und ihre Lebensplanung in Betracht gezogen werden. Grundlage hierfür können die Verträge des **Abkommens von Montevideo über Bevölkerung und Entwicklung** (*Consenso de Montevideo sobre Población y Desarrollo*) und die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (*Objetivos de Desarrollo Sustentable*), insbesondere Kapitel 5.3 darstellen, die die „Beseitigung aller gesundheitsschädlichen Praktiken gegenüber Frauen“ empfehlen.

Übersetzung:

Amnesty International, El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das spanische Original.

